

A 2

Resolution an den 9. Landesparteitag, 2. Sitzung am 17.02.2024

Antragsteller: Kreisvorstand Die Linke Osnabrück-Stadt

Der Landesparteitag möge beschließen:

Resolution

Aufgrund unserer Geschichte trägt Deutschland nicht nur besondere Verantwortung gegenüber Israel, sondern in gleicher Weise auch gegenüber Palästina.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich umgehend und mit vollem Engagement für einen sofortigen Waffenstillstand und die Lösung der humanitären Probleme im Gaza-Streifen einzusetzen.

Mittel- und langfristig hat sie sich dafür einzusetzen, eine Lösung zu finden, damit Israelis und PalästinenserInnen ihr Leben in Unabhängigkeit, Würde und Frieden genießen können - ob in einer Zweistaatenlösung oder einer anderen. Das zu entscheiden, ist einzig die Sache der PalästinenserInnen und Israelis.

Um die Geschichte der Region zu verstehen, muss der Blick zurück bis in die Zeit des 1. Weltkriegs gehen. Frankreich und England hatten den arabischen Stämmen Eigenständigkeit versprochen, wenn sie an ihrer Seite helfen würden, das Osmanische Reich zu besiegen. Stattdessen wurde das Osmanische Reich aufgeteilt, Frankreich bekam Syrien als Mandatsgebiet, England Palästina.

Der Holocaust begründet die deutsche Schuld und die Verantwortung Deutschlands für Israel, aus der weiteren Entwicklung ergibt sich aber gleichfalls auch eine Verantwortung Deutschlands für Palästina. Aus dieser Verantwortung hat sich die deutsche Politik herausgelogen, von Anfang an! Sie war froh, sich mit der Unterstützung Israels von Schuld zu befreien, und erwartete (mit Erfolg), dass die Welt freundlich darüber hinweg sah, dass die Bundesrepublik wesentlich von alten Nazis aufgebaut und entsprechend in vielen Bereichen beeinflusst wurde: Verwaltung, Kultur, Polizei, Justiz, Bildung, Wirtschaft, Geheimdienst, Militär.

Nach der Befreiung vom Faschismus wanderten viele Jüdinnen und Juden nach Palästina aus. Die Briten, deren Protektorat Palästina war, versuchten die Migration mit allen Mitteln zu verhindern. Im November 1947 beschloss die UN-Generalversammlung die Aufteilung dieses Protektorats (33 ja, 13 nein, 10 Enthaltungen - die geringe Stimmenzahl ist dem Umstand geschuldet, dass Dutzende von heute unabhängigen Ländern damals noch Kolonien waren. Den Jüdinnen und Juden, die diesem Plan zustimmten, wurden gut 56% der Protektoratsfläche zugeteilt, den PalästinenserInnen, sie wurden nicht gefragt, ca: 43%, dabei die unfruchtbare Wüste Negev. Am 14.5. 1948 verließen die Briten Palästina und der Staat Israel erklärte sich für unabhängig; es begann ein Krieg, der zur Vertreibung von 750.000 PalästinenserInnen führte. Noch im selben Jahr forderte die UN ein Rückkehrrecht oder eine Entschädigung. Israel reagierte weder auf diese noch auf alle folgenden UN-Forderungen positiv.

Auf dem Rücken der PalästinenserInnen glaubt sich Deutschland von der Schuld befreit zu haben und feiert die, auch so erkaufte, Versöhnung. Die Verantwortung für die Opfer dieser Aktion wird nicht nur negiert, es wird ihnen mehr und mehr auch das Recht abgesprochen, auf ihre verzweifelte Situation aufmerksam machen zu dürfen.

So treten wir nicht nur für das Existenzrecht Israels und Palästinas ein, sondern auch für das Recht, für diese Positionen demonstrieren zu dürfen.